

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Redaktionen und die Anzeigerstellen entgegen. - Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf.

Redaktionskomitee für die Erzgebirgischen Anzeiger für das Erzgebirge, 19. Jahrgang, 1924. Redaktion: Amt Leipzig Nr. 1924

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Annaburg. Preis pro Stück 10 Pf.

Nr. 133

Dienstag, den 10. Juni 1924

19. Jahrgang

Kreditfragen.

Für die Befriedigung unseres Kreditbedarfes gibt es zwei Quellen. Die grundlegendste nächstliegende ist die Sparfähigkeit der Bevölkerung, während Auslandskredite eine zwar vorübergehende, aber letzten Endes auch effektive Kreditbeschaffung darstellen. Ein drittes gibt es nicht entweder wir sparen Geld oder die anderen sparen. Zweifellos hat seit der Markstabilisierung die Sparfähigkeit in Deutschland zugenommen oder, besser gesagt, sie ist wieder aufgelebt. Wenn auch der größte Teil der Erhöhung der Sparsparnisse auf die Girosparguthaben entfällt, so weisen doch auch die reinen Sparsparnisse eine gewisse Zunahme auf. So stiegen z. B. die Sparsparnisse der Sparkasse der Stadt Berlin von 1 818 100 Mk. im Januar auf 3 430 100 Mk. im April. Stärker ist noch die Steigerung der Sparkasse Kreis Teltow, wo die Sparguthaben von 185 900 Mk. auf 880 100 Mk. im April sich erhöhten. Das sind natürlich noch bescheidene Summen. Aber es ist ein Anfang, angesichts dessen es nun aber auch notwendig ist, daß die Sparkassen in der Verwendung dieser Gelder sich Disziplin auflösen. Daß sie das nicht immer tun, davon gibt eine Verfügung des preussischen Ministers des Innern Zeugnis, die offenbar nicht ohne Grund den Sparkassen die Grundzüge für eine volkswirtschaftliche Verwendung ihrer Mittel nahelegt. Der amtliche preussische Pressebericht sagt über die Verfügung folgendes: „Die Sparkassen müssen sich in Zukunft streng auf ihren Geschäftsbezirk beschränken. Sie müssen als öffentliche Einrichtungen ihre Mittel für ihren Bezirk zur Verfügung halten. Ist einmal vorübergehender Geldüberschuß vorhanden, so sollen diese Gelder bei den provinzialen öffentlichen Kreditinstituten angelegt werden, vor allem sollen die Sparkassen bei Geschäften mit Privatpersonen Geld nur für wirklich produktive Zwecke geben. Es wird ihnen untersagt, Gelder an Geldvermittler weiterzugeben, die den Kredit nicht in der Produktion verwerten, sondern Geldarbeit betreiben. Die Sparkassenaufsichtsbehörden sollen das Personalkreditgeschäft der Sparkassen auf das sorgfältigste überwachen.“ Die Verfügung geht dann darauf ein, daß die Sparkassen als Folge der sich nur langsam besehendes Sparfähigkeit und der gesteigerten Kreditansprüche häufig kurzfristige Geldgeber außerhalb des eigentlichen Geschäftsbezirks ausnahmen. Dagegen ist nichts einzuwenden, wenn das unter Innehaltung junger Beschränkung auf das unerläßliche Maß und bei den provinzialen öffentlichen Kreditinstituten erfolgt. Es ist aber unzulässig, daß solche kurzfristigen Kredite zur Verstärkung der eigenen Betriebsmittel von anderen Sparkassen oder öffentlichen Kommunalkassen aufgenommen werden. Die seit längerer Zeit gegenwärtige gelegentliche Ausleihe unter nachbarlichen Sparkassen darf nicht in Geldarbeit übergehen. Die Herannahme solcher fremden Sparsparnisse, die deshalb ebenso wie die Abgabe eigener Gelder an fremde Sparkassen oder Kommunalkassen grundsätzlich zu unterlassen. Mit besonderer Schärfe wendet sich dann die Verfügung gegen die oft recht wahllosen, mit der Stellung und den Aufgaben der Sparkassen nicht zu vereinbarlichen Versuche, kurzfristige Gelder vielfach unter Heranziehung privater Vermittler oder auf Grund offener oder stiller Verträge von privater Seite zu erlangen. Der Minister bestimmt deshalb, daß in Zukunft Sparkassen kurzfristige Geldgeber von privater Seite außerhalb ihres Geschäftsbezirks grundsätzlich überhaupt nicht und als Übergang nur ausnahmsweise im Einzelfalle, soweit dies zur Abwicklung eines bereits laufenden Kreditgeschäftes im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit und nur innerhalb des Geschäftsbezirks unerlässlich ist, herannehmen dürfen. Unter keinen Umständen dürfen Sparkassen durch die Tages- oder Nachpresse oder mit Hilfe von Vermittlern sich zur Herannahme kurzfristiger Gelder zur Kreditabwicklung erlösen. Die Unterscheidung zwischen eigentlichen Sparsparnissen und etwa unzulässigen kurzfristigen Geldgebern ist leicht möglich. Abgesehen von der Prüfung der Person des Geldgebers ist unter heutigen Verhältnissen eine Einzelsumme über 8000 Mk. in der Regel nicht als eigenliches Spargeld anzusehen. Der Minister ordnet ferner an, daß Sparkassen und öffentliche Kommunalkassen ausländische Kredite nicht aufnehmen dürfen, es sei denn, daß sie in fremden Wäluen oder in deutschem Geld anzuwenden werden sollen. Für das Aktivgeschäft stellt die Verfügung als obersten Grundsatz die Wahrung der unbedingten Sicherheit und die ständige Aufrechterhaltung der Liquidität auf. Die Sparkassen haben sich jeder neuen Geschäftsbeziehung mit Privatpersonen außerhalb ihres Geschäftsbezirks zu enthalten und sollen bis im etwaigen Einzelfalle bestehenden Geschäfte abwickeln, sobald es wirtschaftlich möglich ist. Die Sparkassen sollen weiter nicht darauf eingehen, den seiner Natur nach kurzfristigen Kontokorrentkredit zu einem langfristigen umzuwandeln, wie es vielfach versucht wird. Bei Gewährung größerer Kredite ist besondere Zurückhaltung am Platze. Sobald ein einzelner Kredit 1 Prozent des Einlagebestandes übersteigt ist seine Bewilligung von einem Beschluß des Vorstandes abhängig zu machen. Die Verfügung wendet sich weiter dagegen, daß die Sparkassen, die ihre Kredite unmittelbar der eigentlichen Produktion zuführen sollen, ihre Bestände weitgehend bei Kommunalkassen anlegen. Das kann unter Umständen die Liquidität der Sparkasse gefährden und nimmt auch in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, die Sparfähigkeit der Bevölkerung zu heben und die zu seiner Befriedigung erforderlichen Einrichtungen zu fördern, den Sparsparnissen den Trieb zu selbständiger Geschäftstätigkeit. Als gegebene Ausgleichsstelle für vorübergehend verwendbare Gelder der Sparkassen wird vielmehr die provinziale Kreditorganisation bezeichnet.

Es wäre angebracht, wenn der Minister die „volkswirtschaftlichen“ Grundzüge auch den provinzialen Organisationen nahegelegt hätte. Es steht fest, daß diese Girozentralen in einseitiger Betonung privatwirtschaftlicher Zwecke die Aufgaben, für die sie geschaffen sind, vernachlässigen. Es kann nicht als volkswirtschaftlich gesunde Geschäftsbeziehung bezeichnet werden, wenn Girozentralen durch Ausleihe ihrer verfügbaren Mittel an private Kreditvermittler den Geldleihenhandel unterstützen, der erstens die an und für sich knappen Kredite unbillig verteuert zweitens aber zur Sicherheit des Kreditgeschäftes wenig beiträgt.

Zu den schwierigsten Aufgaben der Kreditpolitik gehört zweifellos die Beschaffung langfristiger Kredite. Die in der Verfügung des Ministers erwähnte Umwertung der Kontokorrentkredite in langfristige Kredite verstoßt gegen den Grundsatz, der neben dem der Sicherheit der wichtigste ist, den der Liquidität, wenn auch zweifellos gewisse Spitzenbeträge dauernd in einer bestimmten Höhe den Kassen zur Verfügung stehen. Die außerordentlich unsichere Lage, die durch die sich häufenden Fälle von reinem Geldmangel beruhenden Zahlungsschwierigkeiten gekennzeichnet wird, verleiht eine solche Ueberwindung der Kreditvermittlung umso weniger, als jetzt auch bei dem solidesten Kreditverkehr die Möglichkeit plötzlicher starker Beanspruchung besteht. Eher können schon die Spitzenbeträge der Girozentralen und vor allen Dingen auch der Finanzkassen der Länder und Kommunen als Quelle langfristiger Kredite angesehen werden, tatsächlich hat man ja auch in früheren Zeiten von dieser Möglichkeit in großem Umfang Gebrauch gemacht.

Ein Kabinett Marsal in Frankreich.

Der Finanzminister Francois Marsal ist Sonnabend um 11 Uhr ins Elysee gerufen worden. Beim Verlassen des Elysee erklärte Francois Marsal, daß er die Regierungsbildung übernehmen und voraussichtlich am Dienstag eine Botschaft des Präsidenten vor der Kammer und vor dem Senat verlesen werde.

Francois Marsal — der zu den Persönlichkeiten des nationalen Volks Willt und Finanzminister im bisherigen Poincare-Kabinett war — hat einigen Journalisten die Mitteilung gemacht, daß die Botschaft, die er am Dienstag im Auftrag des Präsidenten vor den Häusern des französischen Parlaments verlesen werde keine einfache Demissionsbotschaft sein werde, sondern eine Stellungnahme der Kammern erfordern wird. Im Anschluß hieran werde er eine kurze Regierungserklärung verlesen.

Die Ministereffile.

Die endgültige Zusammensetzung des Kabinetts Francois Marsal ist folgende: Vorky und Finanzminister Francois Marsal, Justiz Senator Rattier, Außerer Vizepräsident des Senats, Innenminister Senator de Selves, Krieg Vizepräsident Maginot, Marine Vizepräsident Ferry, Kolonien Vizepräsident Lacroix, öffentliche Arbeiten Vizepräsident Doumergue, Vizepräsident Bourdoin, Vizepräsident Douss Marin, Wirtschaft Vizepräsident Unterriest Landry, Handel Vizepräsident Mandin.

Der Sturmangriff gegen Mitterand.

In den Wandlungen der Kammer war viel vom Zusammentritt des Kongresses, d. h. der Vereinigung von Senat und Kammer zur Präsidentenwahl in Versailles, die Rede. Die Agence Havas bemerkt dazu: Die Kandidatur Painlevés scheint keinem Zweifel zu unterliegen. Doumergues Absichten seien noch nicht bekannt, und man weiß nicht, ob er Kandidat sein werde oder nicht.

Nach dem „Journal“ wird der Senat am Dienstag nach der Verlesung der Botschaft des Präsidenten in dem Wunsch, der Kammer die volle Verantwortung zu überlassen, einfach die Niederlegung der Botschaft in den Akten beschließen.

Frankreichs Selbstbesichtigung.

„Deubre“ schreibt unter Bezugnahme auf die Außenpolitik Herriots, in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland müsse Frankreich entschlossen gewisse Maßnahmen treffen, die jenseits des Rheines die Autorität der Demokraten und der Republikaner stärken. Es dürfe nicht unüberwunden bleiben, wenn Poincare in seinem letzten Schreiben an MacDonald erklärt habe, daß an der französischen Außenpolitik nichts geändert werde. Als Poincare an Briand's Stelle getreten sei, habe er verkündet, daß die französische Außenpolitik neue Bahnen einschlagen werde. Herriot als Ministerpräsident würde sich angelegen sein lassen zu beweisen, daß die kostspielige Methode Poincares endgültig aufgegeben werde. Die deutschen Gefangenen, die Geiseln, deren man sich im Rheinland und Ruhrgebiet bemächtigt habe, müßten in Freiheit gesetzt werden. Durch eine umfassende Revision der vorgezeichneten oder angekündigten Maßnahmen im besetzten Gebiete müsse der Verschleppungsprozess Einhalt getan werden. Das Blatt verweist auf die Requisitionen und Baupläne der französischen Besatzungsbehörde in gewissen Ruhrstädten. Das Mindeste, was erwartet werden dürfte, sei eine entsprechende Verminderung der französischen Forderungen. Schlimmer als alles sei der moralische Schaden, der Frankreich durch seine Maßnahmen erwachsen sei. Das müsse aufhören, vor allem müsse sofort die Beschlagnahme von Schulgebäuden eingestellt werden.

London brandmarkt Frankreichs Ruhrpolitik.

Das Regierungsblatt „Daily Herald“ bricht die Hoffnung aus, daß die neue französische Regierung selbst, wenn sie es nicht für nötig halte, die Ruhr zu räumen, doch mindestens umgehend Maßnahmen treffen wird um den Charakter der französischen Rhein- und Ruhrbesetzung zu ändern. Das Blatt zählt auf, wie in Westinghousen das Militärgericht an einem einzigen Tage 40 Menschen für beleidigende Bemerkungen verurteilt und innerhalb von vier Tagen 1000 Pfund Geldstrafe verhängt habe. Viele Deutsche seien bis zu 10 Jahren wegen Pressevergehen und ähnlicher Missetaten in das Gefängnis gekommen. Die Gerichtsverfahren würden immer geheim geführt. 3000 Menschen lägen in den Militärgefängnissen und viele wären nach unbekanntem Gefängnissen in Frankreich deportiert worden. Alle Proteste hätten bisher nichts genutzt. Jetzt erhoffe man von Herriot das, was Poincare nicht durchzuführen wagte. Auf alle Fälle müsse diese Frage bei den kommenden Verhandlungen gelöst werden. Es werde verlangt werden, daß alle Gefangene und deportierten zurückkehren und alle aus dem Ruhrgebiet vertriebenen Beamten wieder in ihre Stellen eingesetzt würden. Die englische Regierung werde diese Forderungen unterstützen.

Frankreich zur Öffnung der Archive bereit.

Der „Temps“ bespricht in einem Leitartikel die Reichstagsabstimmung, und zwar besonders die Rede Dr. Stresemanns. Insonderheit seine Erklärung, daß die Reichsregierung entschlossen sei, die Frage der Kriegsschuld amtlich aufzuklären, wenn alle amtlichen Dokumente veröffentlicht wären.

Der „Temps“ schreibt dazu: „Wenn Stresemann so spricht, dann kann man nicht den Kopf in den Sand stecken und so tun, als hätte man nichts gehört. Man kann auch nicht antworten, man werde die Archive nicht öffnen. Wir haben das Recht nicht zu scheuen.“ Der „Temps“ weist dann auf Kronzeugen und Dokumente für die Kriegsschuld Deutschlands hin und sagt: „Trotzdem ist es je länger, desto notwendiger, manche anderen diplomatischen Aktenstücke, die noch in den Archiven beizubehalten liegen, zu veröffentlichen, allerdings nicht nur in einer Sprache, sondern wortgetreu in die wichtigsten fremden Sprachen übersetzt und in den verschiedenen Hauptstädten gleichzeitig. Wir wollen Klarheit, völlige Klarheit und kein Zwielicht, weil Frankreich nichts zu fürchten hat.“ (?)

Kommunistische Demonstrationen in Hamburg.

Im Anschluß an die im Gewerkschaftshaus abgehaltene kommunistische Versammlung, bei der der Reichstagsabgeordnete Thälmann sprach, formierten sich einige hundert Teilnehmer. Als die Polizei die Demonstranten zum Auseinandergehen aufforderte, wurden etwa 10 Schüsse aus der Menge heraus auf die Beamten abgegeben. Durch einen dieser Schüsse wurde ein Oberwachmeister am Oberarm verletzt, und der Beamte mußte nunmehr selbst von der Waffe Gebrauch machen. Ob dadurch Personen verletzt wurden, ist nicht bekannt. Zwei Demonstranten wurden festgenommen. Einer von ihnen befand sich im Besitze einer Waffenzylinder.